

geschaffen, ein Pilotprojekt zur Einführung von Drugchecking, vor allem mit Blick auf die Partyszene, zu realisieren. Solche Projekte sind wichtig und müssen verstetigt werden.

Ein Blick in unsere europäischen Nachbarstaaten zeigt: Dort wo es zu einer Entkriminalisierung der Drogenkonsument:innen und (Teil-) Legalisierung der Drogen gekommen ist, hat die Zahl der Menschen mit kritischem Konsum und Drogenabhängigen nicht nur abgenommen, auch die allgemeine Gesundheitslage hat sich verbessert. So leiden hier weniger Menschen an Infektionskrankheiten. Die Zahl der Drogenkonsument:innen hat hingegen nicht zugenommen.



Im Bereich legalisierter Drogen sind politische Veränderungen gleichfalls dringend notwendig. **Die Zugänge zu Tabak und Alkohol werden zu niedrigschwellig gehalten.** Präventive Maßnahmen und Aufklärung kommen in diesem Bereich oft zu kurz. Wir unterstützen ein allgemeines Werbeverbot für sämtliche Drogen. Auch bei nicht-stofflichen Süchten besteht großer Handlungsbedarf. So muss beispielsweise das Glücksspiel, insbesondere das Automatenspiel in Cafés, Bars, Bahnhöfen und anderen öffentlich zugänglichen Orten, weiter zurückgedrängt werden. Vor allem Jugendliche kommen viel zu zeitig und zu einfach in Kontakt mit Glücksspiel. Zudem wird der Jugendschutz oftmals nicht ausreichend eingehalten. Jeder zweite Euro im Automatenspiel wird von Suchterkrankten umgesetzt. Glücksspiel sollte alleine in staatlich-lizenzierten Spielcasinos möglich sein, das betrifft auch das Automatenspiel. Glücksspielelemente finden sich zudem immer mehr im **E-Gaming-Bereich** (Lootboxen, Paniniprinzip, Glücksrad). Diese müssen reguliert und eingegrenzt werden. Im Rahmen des Glücksspielstaatsvertrags der Bundesländer muss auch das **Online-Glücksspiel** enger reguliert werden. Das derzeitige monatliche Einsatzlimit pro Spieler:in von 1000 Euro ist zu hoch und sollte erheblich reduziert werden. Oberstes Ziel ist und muss der Jugend- und Kinderschutz sowie Schutz vor Abhängigkeit sein.

Hinter unserer Forderung nach einer neuen Drogenpolitik verbirgt sich mehr als nur „Gibt das Hanf frei!“. Drogenpolitik muss elementarer Bestandteil einer präventiven, aufgeklärten und sachlichen Gesundheits- und Suchtpolitik und Teil eines verantwortungsbewussten Jugend- und Verbraucherschutzes sein. Wir stellen uns gegen die Kriminalisierung von Drogenkonsument:innen und wollen einen selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Umgang mit Drogen.

LAG
Drogenpolitik

Selbst- bestimmt und aufgeklärt

Kontaktmöglichkeiten

 dielinke.berlin/partei/igag/lag-drogenpolitik

 lag.drogenpolitik@dielinke.berlin

 fb.com/linkedrogenpolitikberlin

 [@LDrogenpolitik](https://twitter.com/LDrogenpolitik)

**Wir treffen uns regelmäßig
und wir freuen uns über
deinen Besuch!**

**Berlin geht neue Wege
in der Drogenpolitik**

Selbstbestimmt und aufgeklärt – Berlin geht neue Wege in der Drogenpolitik

Drogen gehören in Berlin zum Alltag: Ob es sich dabei nun um einen „illegalen“ Joint oder ein „legales“ Wegbier handelt – Drogen gehören zu den alltäglichen Erscheinungen. Sie sind nicht mehr nur in Form von Alkohol und Nikotin in Berlin allgegenwärtig. Dabei sagt die Einteilung in legale und illegale Drogen nichts über deren Gefährlichkeit aus. Tatsächlich nehmen Menschen Drogen und sind auch durch Verbote nicht davon abzuhalten. **Drogenkonsument:innen schlicht als Kriminelle zu betrachten, verhindert jede sinnvolle Drogenpolitik.** Die Dämonisierung von Drogen und Kriminalisierung der Konsument:innen verfehlt gerade bei Jugendlichen das verfolgte Ziel der Abschreckung vom Drogenkonsum. **Drogenpolitik muss eine präventive, sachliche und glaubwürdige Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen ermöglichen.** Nur so kann ein selbstverantwortlicher Umgang damit entwickelt werden. Nur so können gerade Jugendliche selbstbewusst und selbstsicher mit Drogen umgehen.

Wir streiten für eine verantwortungsvolle und aufgeklärte Drogenpolitik, die Drogengebrauch akzeptiert, die gesundheitlichen Risiken von Drogenkonsum reduziert und Menschen mit **Suchterkrankungen mehr gesellschaftliche Teilhabe** ermöglicht.

Bei legalen Drogen regeln diverse Gesetze die Verarbeitung, die Herstellung, die Verbreitung und den Gebrauch. Illegale Drogen hingegen unterliegen keinerlei staatlicher Kontrolle. Hier bestimmt der Schwarzmarkt den Vertrieb, die Zusammensetzung und Qualität. Hier kann und muss Politik regulieren, anstatt lediglich zu kriminalisieren. Sie kann damit dazu beitragen, dass der Gebrauch von Drogen unter der **Berücksichtigung des Jugend- und Verbraucherschutzes** stattfindet. Möglicher Missbrauch kann so schneller erkannt werden.

Der **Drogenhandel und Drogenkonsum** ist gerade in den Innenstadtbezirken **stärker sichtbar geworden**, ob in Parkanlagen,

an Bahnhöfen oder mittlerweile sogar auf Spielplätzen. Viele fühlen sich davon gestört oder nicht mehr sicher. Zurückgelassene Konsumutensilien sind insbesondere an Erholungsorten und auf Spielplätzen eine Gefahr für Kinder. **Das sind die Folgen einer längst überholten bundesgesetzlichen Drogenpolitik.**

In manchen Kiezen spitzen sich die Konflikte um die Nutzung des öffentlichen Raumes zu und viele wollen das nicht länger hinnehmen. Ordnungspolitische Maßnahmen wie vermehrte Polizeieinsätze helfen nicht langfristig, sondern verlagern die Problematik vorübergehend in andere Kieze. Es braucht das Zusammenspiel **wirksamer und nachhaltiger Maßnahmen, bspw. niedrigschwellige Angebote der Drogen- und Suchthilfe vor Ort, die Ausweitung der Straßensozial- und Parksozialarbeit und mehr Abfalleimer zur sicheren Entsorgung von Konsumutensilien.** Projekte, welche Konflikte mit Drogenkonsum im öffentlichen Raum moderieren, reduzieren und die Aufenthaltsqualität an stark belasteten Orten verbessern sollen, müssen verstetigt werden. Der öffentliche Raum soll für alle nutzbar sein. Berlin hat unter der rot-rot-grünen Regierung erfolgreich mehr Drogenkonsumräume eröffnet. Dies entlastet den öffentlichen Raum und sorgt für mehr gesundheitlichen Schutz, da hier Risiken des Drogengebrauchs für die Konsument:innen reduziert werden. Diesen Ausbau wollen wir weiter vorantreiben.



Für uns muss **Drogenpolitik** vor allem am Verbraucher- und Jugendschutz ausgerichtet sein. Nur eine **kontrollierte und legale Abgabe von Drogen gewährleistet Sicherheit bei den Inhaltsstoffen und ermöglicht die notwendige Aufklärung.** Wir setzen uns für eine regulierte Abgabe von Cannabis ein, bspw. im Rahmen staatlich regulierter Coffee-Shop-Modelle oder dem **Cannabis-Social-Club-Modell.** Anbau zum Eigenbedarf muss ermöglicht werden.

Für Drogen wie bspw. Kokain, Speed, Ecstasy und Ketamin fordern wir die Einführung der sog. geringe Menge-Regelung. In Berlin gilt diese bereits für Cannabis. In anderen Bundesländern

wird diese auch auf andere illegalisierte Drogen angewendet. Drogenkonsument:innen zu kriminalisieren, verhindert die erforderliche und lebenswichtige Aufklärung über Drogenkonsum. Daher war es richtig, dass unter der letzten Landesregierung unter Beteiligung der LINKEN die Regelung zur sog. geringen Menge auf 15 Gramm Cannabis angehoben wurde. Aber auch in Berlin wirken die bundesgesetzlichen Regelungen. Wir fordern ein grundsätzliches Umdenken in der Drogenpolitik. Auf Bundesebene werden wir uns für eine grundlegende Reform des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung soll die medizinische Verwendung von Drogen entsprechend aktueller medizinischer Erkenntnisse ausgebaut werden.



Die Angebote zur Suchtprävention müssen verstetigt und ausgebaut werden. Jugendliche brauchen Risiko- und Konsumkompetenzen. Dafür muss es vermehrt entsprechende Angebote im Schul- und Jugendbereich geben. Gerade Kinder suchterkrankter Eltern haben das größte Risiko, selbst an einer Sucht zu erkranken. Sie brauchen in allen Altersphasen adäquate Hilfestellungen, die krankheitsbedingte Defizite im Familiensystem ausgleichen.

Eine progressive Drogenpolitik ist gesundheitsorientiert und folgt dem Ziel der Harm Reduction. Angebote der psychosozialen Betreuung für Schwerstabhängige, welche die gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellen, müssen ausgebaut werden. Eine Verbesserung der Substitutionsangebote in Berlin sowie die Möglichkeit, flächendeckend an saubere Spritzen zu kommen, auch in Haft, sind wichtige Bausteine, um die gesundheitliche und gesellschaftliche Lage von bspw. heroinabhängigen Menschen zu verbessern und sicherer zu machen.

Die Möglichkeit, Drogen auf gefährliche Verunreinigungen prüfen zu lassen (**Drugchecking**), ist ein wirkungsvolles Instrument, um den Gesundheitsschutz zu verbessern. Die rot-rot-grüne Koalition in Berlin hat die nötigen Grundlagen